



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 8 - V - 3 1 - 0 0 1 4**

(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) II

Gesamtkonzept zur Verbesserung der Sicherheit und Aufenthaltsqualität in der Wiesbadener Innenstadt

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

Dr. Franz

Bürgermeister

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz

Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)
Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Bürgermeister Dr. Oliver Franz und Polizeipräsident Stefan Müller haben gemeinsam durch ihre Fachbehörden ein Gesamtkonzept zur Verbesserung der Sicherheit und Aufenthaltsqualität in der Wiesbadener Innenstadt erarbeiten lassen und der Öffentlichkeit vorgestellt. Teil dieses Gesamtkonzeptes ist die Einrichtung eines Dialogforums - „AG Innenstadt“ - gewesen. Mit dieser Sitzungsvorlage werden die städtischen Gremien über die Umsetzung des Gesamtkonzepts und insbesondere über die Tätigkeit der AG Innenstadt informiert.

Anlagen:

1. Teilnehmerkreis des Dialogforums zur Steigerung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt - „AG Innenstadt“
2. Protokoll der Sitzung der AG Innenstadt vom 28. Juni 2018
3. Protokoll des 1. Stadtrundgangs der AG Innenstadt vom 30. Juli 2018
4. Protokoll des 2. Stadtrundgangs der AG Innenstadt vom 2. August 2018
5. Protokoll der Sitzung der AG Innenstadt vom 24. September 2018

C Beschlussvorschlag

Der nachstehende Bericht wird zur Kenntnis genommen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Bericht über die Umsetzung des Gesamtkonzepts zur Verbesserung der Sicherheit und Aufenthaltsqualität in der Wiesbadener Innenstadt und insbesondere über die Tätigkeit des Dialogforums zur Steigerung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt - „AG Innenstadt“:

Wiesbaden ist eine sichere Stadt, auch im Bundesvergleich. Das belegen die Fallzahlen und die Aufklärungsquote der Wiesbadener Polizei aus der aktuellen Polizeilichen Kriminalstatistik. Doch statistische Zahlen sind die eine, das Gefühl der Menschen, die in einer Stadt leben, die andere Seite der Medaille. Hinweise aus der Bevölkerung und Befragungen deuten darauf hin, dass sich das Sicherheitsgefühl der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger verändert hat. Die Diskussion über Straftaten im öffentlichen Raum, das Mitführen von Waffen oder waffenähnlichen gefährlichen Gegenständen, die Verwahrlosung von öffentlichen Wegen und Plätzen sowie über auffällige Personengruppen in der Innenstadt bleiben nicht ohne Wirkung.

Auf diese Entwicklung muss angemessen reagiert werden. Die Erfahrungen in der Vergangenheit haben gezeigt, dass die Herausforderungen der Kriminalitätsbekämpfung und der Gefahrenabwehr nur durch ein enges Miteinander aller beteiligten Institutionen zu bewältigen sind. Aus diesem Grund haben sich Bürgermeister Dr. Oliver Franz und Polizeipräsident Stefan Müller auf die Erstellung eines Gesamtkonzeptes „Gemeinsam Sicheres Wiesbaden“ verständigt, welches im Wesentlichen die nachfolgenden Maßnahmen umfasst.

Ziel der Maßnahmen ist vor allem, durch die Reduzierung des Gefahrenpotenzials im öffentlichen Raum die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Menschen in der Stadt zu erhöhen. Das Gesamtpaket wird durch zielgruppenorientierte Präventionsarbeit sinnvoll abgerundet. Insgesamt soll sich für die Bürgerinnen und Bürger die Aufenthaltsqualität in Wiesbaden nachhaltig und spürbar erhöhen.

1. Videoüberwachung in Wiesbaden

Einen wichtigen Bestandteil der Sicherheitsarchitektur stellt die Neuinstallation von zwei Videoüberwachungsanlagen dar. Zum einen wird das Areal rund um den Hauptbahnhof, einschließlich des Zugangs zum Kulturpark, mit einer neuen Videoüberwachungsanlage versehen. Die aktuelle Anlage entspricht nicht mehr den technischen Anforderungen. Zum anderen werden die ÖPNV-Knotenpunkte in der Bleichstraße und Schwalbacher Straße zukünftig videoüberwacht. Bei beiden Beobachtungsbereichen handelt es sich um Kriminalitätsschwerpunkte. Die Videoüberwachungsanlagen werden durch die Landeshauptstadt Wiesbaden beschafft und betrieben. Für die Nutzung durch die Landespolizei besteht ein Kooperationsvertrag. Beide Beobachtungsbereiche werden rund um die Uhr aufgezeichnet und anlassbezogen im Live-Betrieb überwacht.

Die rechtlichen und technischen Anforderungen an die geplanten Videoschutzanlagen sind sehr anspruchsvoll. Die Vorbereitung des Ausschreibungsverfahrens war entsprechend aufwendig. Das Verfahren läuft aktuell und erste Firmen haben ihr Interesse an einer Angebotsabgabe bekundet. Es ist geplant, dass die Auftragserteilung Anfang 2019 erfolgt.

2. Sperrkonzept gegen Amokfahrten

Die Fußgängerzone der Landeshauptstadt Wiesbaden wird derzeit häufig illegal befahren. Um dies zu verhindern und die Besucher der Fußgängerzone besser gegen Amokfahrten zu schützen, haben die Gefahrenabwehr- und Polizeibehörden unter der Federführung des Ordnungsamtes ein Sperrkonzept erstellt. Dieses Konzept sieht verschiedene Arten und Dimensionen von versenkbaren und/oder stationären Einfahrtssperren vor. Zusätzlich zur Innenstadt wurden noch weitere schützenswerte Bereiche durch die Gefahrenabwehr- und Polizeibehörden definiert. Dazu gehören die Wilhelmstraße, das Rhein-Main-Congress-Center, der Kulturpark und der Helmut- Schön-Sportpark. Derzeit befindet sich das Projekt in der Bearbeitung beim Verkehrsdezernat, welches ein externes Ingenieurbüro zur Unterstützung hinzugezogen und eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe gebildet hat.

Bis zur endgültigen Realisierung wurden an vier Einfahrtsbereichen der Fußgängerzone die schon im Stadtgebiet bekannten Betonsperren dauerhaft aufgestellt. Damit soll sichergestellt werden, dass es nicht möglich ist, mit hohen Geschwindigkeiten in Menschenansammlungen zu fahren.

3. Steigerung der Veranstaltungssicherheit

Um die Sicherheit von Veranstaltungen im öffentlichen Raum zu gewährleisten, findet zwischen den Gefahrenabwehr- und Polizeibehörden über das gesamte Jahr hinweg ein ständiger Austausch statt. Dies gilt auch für alle sog. Veranstaltungen ohne Veranstalter.

Insgesamt stehen beim Ordnungsamt aktuell 44 Betonblöcke bereit, welche Veranstaltern zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich wurde der Kräfteinsatz von Stadt- und Landespolizei bei Veranstaltungen deutlich erhöht.

Allerdings ist die Bedrohungslage dynamisch, neue Entwicklungen können jederzeit zu veränderten Sicherheitsanforderungen führen. Auch zukünftig werden alle vorhandenen rechtlichen, personellen und technischen Maßnahmen eingesetzt bzw. getestet, um die Sicherheit bei Veranstaltungen zu optimieren. Derzeit befindet sich z.B. ein mobiler Videoanhänger in der Erprobung.

4. Einrichtung einer Waffenverbotszone

Diesbezüglich wird auf die Erläuterungen in der Sitzungsvorlage Nr. 18-V-31-0009 verwiesen.

5. Verstärkung der Präsenz- und Präventivstreifen in der Innenstadt

Polizeiliche Präsenz auf Straßen, Wegen und Plätzen erhöht das Sicherheitsgefühl der Menschen; eine direkte Ansprechbarkeit von Polizeikräften wirkt sich positiv auf das Verhältnis zwischen Bürgern und Polizei aus. Daher erfolgt nun auf der Basis einer gemeinsamen Sicherheitsanalyse von Stadt- und Landespolizei eine gemeinsame Einsatzplanung. Durch die Nutzung von Synergieeffekten verschiedener Organisationseinheiten innerhalb der Polizei und der Stadt Wiesbaden konnte eine Intensivierung der Einsatzmaßnahmen im gesamten Wiesbadener Stadtgebiet erreicht werden.

- Dem 1. Polizeirevier wurden im August 2018 fünf zusätzliche Polizeivollzugsbeamte zugewiesen, um die Streifenfähigkeit zu erhöhen.
- Zehn Polizeivollzugsbeamte in ziviler Kleidung wurden für die Maßnahmen „Gemeinsam Sicheres Wiesbaden“ freigestellt. Zielrichtung: Intensivtäter und Rädelsführer ermitteln und beweisesichert festnehmen.
- Ein Koordinator für alle besonderen polizeilichen Maßnahmen in der Wiesbadener Innenstadt wird bereits seit 01. Februar 2018 eingesetzt. Er reagiert kurzfristig auf Lagephänomene und plant und koordiniert alle Einsatzmaßnahmen, auch in Abstimmung mit anderen Organisationseinheiten sowie der Stadtpolizei und der Kommunalen Verkehrspolizei.
- Die Maßnahme „Gemeinsam Sicheres Wiesbaden“ wird nicht nur am Wochenende, sondern auch wochentags, zu wechselnden Zeiten, sowie mit uniformierten und zivilen Kräften, durchgeführt. Dies ist eine Reaktion auf die Analyse und Auswertung von Brennpunkten und dem Straftatenaufkommen zu bestimmten Uhrzeiten.
- Gemeinsam mit der Stadtpolizei und der Kommunalen Verkehrspolizei wurden Workshops durchgeführt. In den Workshops wurden problematische Plätze und Objekte herausgefiltert. Mit der personellen Aufstockung beider Ämter geht eine erhöhte uniformierte Präsenz in Wiesbaden einher.
- Bestimmte Sonderkontrollen werden in verschiedenen Bereichen durchgeführt (Raser/Poser; ÖPNV-Kontrollen, groß angelegte Kontrollen mit mehr Kräften).
- Der im April angekündigte Personalzuwachs bei der Stadtpolizei wird Ende November abgeschlossen sein. Bereits jetzt sind rund 40 neue Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten im Einsatz.
- Durch diesen Kräftezuwachs waren seit Ende September bereits drei gewerberechtliche Kontrollaktionen bei über 50 Einzelhandels- und Dienstleistungsbetrieben im Westend möglich. Außerdem wird der Platz der Deutschen Einheit mittlerweile mehrmals täglich bestreift.

Von Januar bis September 2018 fanden insgesamt 82 polizeiliche Kontrolltage statt. Hierbei wurden fast 2.000 Personen kontrolliert. Vermehrte Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass die Einsatzkräfte und auch die öffentlichen Kontrollmaßnahmen wahrgenommen und sehr positiv beurteilt werden.

6. Gezieltes Vorgehen gegen Intensivtäter

Die bestehenden und bewährten Programme zum gezielten Vorgehen gegen Mehrfach- und Intensivtäter werden, auf der Grundlage von Ermittlungen und Auswertungen, durch weiterführende operative Maßnahmen ergänzt. Dazu sind bei der Polizeidirektion Wiesbaden zehn Polizeibeamtinnen und -beamte für den Dienst in ziviler Kleidung freigestellt. Als verlängerter „operativer Arm“ des Haus des Jugendrechts widmen sie sich zukünftig gezielt der

Intensivtäterbekämpfung in der Wiesbadener Innenstadt, ohne dass sie durch andere Aufträge gebunden sind.

Die Ergebnisse der oben erläuterten Kontrollmaßnahmen werden gezielt analysiert, um daraus Ermittlungsansätze herauszufiltern und Schwerpunkte für nachfolgende Kontrollen zu setzen. Somit wird eine frühestmögliche Identifizierung von Rädelsführern, Vielfachtätern und Intensivtätern, die im öffentlichen Raum der Innenstadt unterwegs sind, erreicht. Die Analyse- und Auswertemöglichkeiten werden stetig fortentwickelt. Ziel ist es, Intensivtäter früher zu erkennen und gezielter gegen sie vorzugehen.

In Wiesbaden sind derzeit 128 Personen als „Mehrfach-/Intensivtäter“ oder „Besonders auffälliger Straftäter unter 21 Jahren“ eingestuft. Diese werden, je nach Alter, vom Haus des Jugendrechts oder von der Kriminalpolizei betreut. Zehn dieser Personen wurden in den letzten sechs Monaten als solche eingestuft. Seit Beginn des Jahres wurden 25 Personen aus diesen Gruppen in U-Haft genommen oder mussten eine Gefängnisstrafe antreten. In mehreren Fällen führte eine enge Verzahnung aller beteiligten Dienststellen sowie der verstärkte Einsatz von zivilen, szenekundigen Beamten dazu, dass Beschuldigte nur wenige Tage nach der Begehung von Straftaten ermittelt, festgenommen und in Untersuchungshaft genommen werden konnten.

7. Verstärkte Überprüfung des Personals im Taxigewerbe

Gegenwärtig gibt es in Wiesbaden rund 330 Taxikonzessionen. Insgesamt haben 1041 Taxifahrerinnen und Taxifahrer eine Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung. Nicht alle Fahrerlaubnisinhaberinnen und -inhaber halten sich stets an die geltenden Regelungen und sorgen damit für Unsicherheit in der Bevölkerung. Im Rahmen von „Gemeinsam Sicheres Wiesbaden“ haben das Ordnungsamt und die Landespolizei regelmäßig Kontrollen von Inhabern/innen von Fahrerlaubnissen zur Fahrgastbeförderung durchgeführt, um den „Schutzraum Taxi“ für die Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft zu gewährleisten.

Die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen wird bereits seit einigen Jahren überprüft. Außerdem werden Taxikonzessionen und Personenbeförderungsscheine zeitlich begrenzt vergeben. So kann sichergestellt werden, dass wirtschaftlich und personell unzuverlässige Betriebe und Personen schnell aus dem Verkehr gezogen werden.

8. Dialogforum zur Steigerung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt

Unter dem Titel „Gemeinsam Sicheres Wiesbaden“ soll es auch Maßnahmen geben, die zur Steigerung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt beitragen. Beispielhaft wären hierfür die Verbesserung der Beleuchtung oder die Belebung von Plätzen zu nennen; auch unter Berücksichtigung von Aspekten der städtebaulichen Kriminalprävention. Um entsprechende Handlungsnotwendigkeiten zu identifizieren und Lösungsmöglichkeiten zu erörtern, hat Bürgermeister Dr. Oliver Franz ein Dialogforum, die „AG Innenstadt“, eingerichtet. Als Teilnehmer dieser Arbeitsgemeinschaft („AG Innenstadt“) werden eingeladen: IHK, DEHOGA, Werbegemeinschaft Wiesbaden, Handelsverband Hessen Süd, Wiesbadener Marketing, Hessischer Landtag, Polizeidirektion Wiesbaden, Stadtverordnetenvorsteherin, Ortsbeirat Nordost, Ortsbeirat Mitte, Ortsbeirat Westend, städtische Dezernate und Ämter. Der genaue Teilnehmerkreis ergibt sich aus der Anlage 4.

In der „AG Innenstadt“ wurde das "10 Punkte Programm Sicheres Wiesbaden" vorgestellt und diskutiert. Die Arbeitsgruppe tagte bisher zwei Mal, Protokolle der Sitzungen vom 28. Juni und 24. September 2018 sind diesem Bericht beigefügt. Außerdem unternahm die AG Innenstadt am 30. Juli sowie am 2. August 2018 „Stadtrundgänge“, um die Probleme vor Ort in Augenschein zu nehmen und Lösungsmöglichkeiten einschätzen zu können. Auch die Protokolle dieser Stadtrundgänge sind als Anlagen beigefügt. Die AG Innenstadt hat sich insbesondere für eine (weitere) Verbesserung der Sauberkeit, Stadtmöblierung und Beleuchtung ausgesprochen. In Unter-Arbeitsgruppen ist nun die Erarbeitung von detaillierten Lösungsvorschlägen geplant. In der Sitzung vom 24. September 2018 haben sich die Teilnehmer außerdem einstimmig für die Einführung einer Waffenverbotszone ausgesprochen. Einzelheiten dazu können der Sitzungsvorlage Nr. 18-V-31-0009 entnommen werden.

9. Durchführung einer Präventionskampagne zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls

Aktuell werden von der Stadt Wiesbaden und dem Polizeipräsidium Westhessen unterschiedliche Präventionsmaßnahmen zu verschiedenen Themengebieten durchgeführt und unterstützt. Diese Maßnahmen sollen zukünftig durch zielgruppenorientierte Veranstaltungen, unter Einbindung der Gesellschaft Bürger und Polizei e.V. und dem Präventionsrat der Stadt Wiesbaden, sinnvoll ergänzt werden.

Ähnlich wie bei der kürzlich in Wiesbaden durchgeführten Präventionskampagne für ältere Menschen (Projekt „Sicher im Alter“), werden Projekte für junge Menschen - auf der Grundlage einer Jugendstudie der Stadt Wiesbaden - vorbereitet. Präventionsmaßnahmen, welche schon in der Vergangenheit durchgeführt wurden, erfreuen sich weiterhin großer Beliebtheit und finden bei der Bevölkerung entsprechenden Zuspruch.

Bei dem Konzept „Gewalt-Sehen-Helfen“, für das der Wiesbadener Präventionsrat verantwortlich zeichnet, lernen Erwachsene den richtigen Umgang mit Konflikten im öffentlichen Raum. Im Jahr 2018 fanden bis dato zehn Veranstaltungen mit jeweils circa 15 Teilnehmern statt. Innerhalb des Programms „Zivilcourage im Öffentlichen Nahverkehr“ gilt es, Konflikten in Bus und Bahn adäquat zu begegnen und diese zu lösen. Hier wurden bei sieben Veranstaltungen circa 100 Erwachsene geschult.

Ein umfangreicheres Projekt wurde in den vergangenen Monaten mehreren Wiesbadener Schulen vorgestellt und dabei für eine Teilnahme geworben. „PIT-Prävention im Team“ richtet sich an Jugendliche, um Probleme innerhalb der Schulgemeinschaft zu erkennen und im zweiten Schritt gemeinsam Konfliktlösungen zu erarbeiten. Bis dato haben drei Schulen ihr Interesse bekundet. Innerhalb von fünf Projekttagen (je Schule) werden dann speziell geschulte Mitarbeiter aus der Präventionsabteilung des Polizeipräsidiums Westhessen in den Schulen entsprechende Workshops durchführen.

Zur Prävention gehört ebenfalls, dass das Haus des Jugendrechts der Wiesbadener Polizei mit drei Beamtinnen und Beamten verstärkt wurde. Dadurch konnten die Präventivstreifen in der Stadt wieder intensiviert werden, was zur Folge hat, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu einem sehr frühen Zeitpunkt mit Jugendlichen in Kontakt treten. Somit kann eine Vertrauensbasis geschaffen, aber auch bei Gefahrensituationen beziehungsweise Straftaten zukünftig, aufgrund der Personenkenntnis, früher interveniert werden. Darüber hinaus suchen Beamtinnen und Beamte des Hauses des Jugendrechts wieder vermehrt Schulen auf und haben zu diesem Zweck aktuell 37 Schulen angeschrieben. Nach einer Verständigung durch die Schule ist das Ziel auch hier, bei polizeilich relevanten Anlässen frühestmöglich präventiv, zu intervenieren.

10. Präventionskonzept KOMPASS

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wird an dem Projekt KOMPASS teilnehmen. KOMPASS ist ein Angebot des Hessischen Innenministeriums an die Städte und Gemeinden. Ziel des Programms ist es, die Sicherheitsarchitektur in den Kommunen individuell weiterzuentwickeln und passgenauere Lösungen für die Probleme vor Ort zu entwickeln.

Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Prävention. Gestartet ist KOMPASS im Dezember 2017 mit den vier Modellkommunen Bad Homburg, Hanau, Maintal und Schwalbach am Taunus. Eine zentrale Rolle haben der KOMPASS-Berater der Polizei und der KOMPASS-Ansprechpartner der Kommune inne. Sie stehen im ständigen Dialog mit allen Sicherheitspartnern und dokumentieren den Fortschritt der gemeinsamen Initiativen für mehr Sicherheit.

Da das Präventionskonzept KOMPASS für kleine bis mittelgroße Städte konzipiert wurde, sollte nicht ganz Wiesbaden, sondern lediglich ein einzelner Stadtteil teilnehmen. Nach Abstimmung zwischen Ordnungsamt und Landespolizei wurde der Ortsbezirk Westend/Bleichstraße als geeigneter Stadtteil vorgeschlagen. Im August wurde das Konzept im Ortsbeirat vorgestellt und noch in der gleichen Sitzung erfolgte die Zustimmung. Die Beratung und Beschlussfassung im Magistrat erfolgte am 23. Oktober 2018.

Ziel der vorgenannten Maßnahmen ist vor allem, durch die Reduzierung des Gefahrenpotenzials im öffentlichen Raum die Sicherheit der Menschen in der Stadt zu erhöhen. Das Gesamtpaket wird durch zielgruppenorientierte Präventionsarbeit sinnvoll abgerundet. Insgesamt soll sich für die Bürgerinnen und Bürger die Aufenthaltsqualität in Wiesbaden nachhaltig und spürbar erhöhen. Die positiven Rückmeldungen aus der Bevölkerung belegen, dass das Konzept „Gemeinsam Sicheres Wiesbaden“ schon jetzt als Erfolg aller beteiligten Institutionen bezeichnet werden kann.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 26. Oktober 2018

Dr. Franz
Bürgermeister